



Wie grün wird die Marktwirtschaft?

Deutschland ist Exportweltmeister in der Umwelttechnologie. Doch noch immer wird diese Wachstumsbranche vernachlässigt.

von Reinhard Bütikofer

»Es geht nicht mehr allein darum, für betriebswirtschaftliche oder branchenspezifische Chancen grüner Wirtschaftspolitik die Trommel zu rühren.«

Der erste politische Konflikt des Jahres 2007 bewegte sich in Deutschland ganz im Rahmen seit langem gewohnter Frontverläufe zwischen Ökologie und Wirtschaft. Die Bundesregierung, die Energie- und Klimapolitik als einen der besonderen Schwerpunkte ihrer EU-Ratspräsidentschaft ausgerufen hat, begann das Jahr 2007 mit der Belastung eines politischen Zwei-Fronten-Kriegs um den Emissionshandel. Auf der einen Seite sah sie sich unter dem Druck der EU-Kommission, die entsprechend den Forderungen und unter Beifall von ökologischer Seite für die 2008 beginnende zweite Verpflichtungsperiode eine Senkung der CO₂-Emissionen der Wirtschaft auf 453 Mio. t als notwendig vorrechnete. Auf der anderen Seite verlangten BDI-Funktionäre und Manager von Großunternehmen energisch, der Wirtschaft ein erheblich weiteres Emissionshemd zu schneidern, unter das 482 Mio. Tonnen CO₂ passen sollten. Hatte nicht die Wirtschaft selbst vor längerem in einer freiwilligen Selbstverpflichtung versprochen, ihre CO₂-Emissionen auf 451 Mio. Tonnen zu begrenzen? Nun ja, das war zwar nicht zu bestreiten, aber andererseits könnte man sich vielleicht gezwungen sehen, Investitionsvorhaben zu überdenken, falls man sich tatsächlich gezwungen sähe und so weiter und so fort. Von Gleichklang grüner und ökonomischer Ziele jedenfalls kei-

ne Spur, stattdessen: the same procedure as last year, the same procedure as every year.

Schwarze Zahlen mit grünen Ideen

Konflikte dieser Art sind seit langem anachronistisch. Dass es sich beim Verhältnis von Ökologie und Wirtschaft nicht um ein Nullsummenspiel handelt, bei dem diese verlieren muss, was jene gewinnt, ist keine neue Erkenntnis. Es ist eine Erfahrungstatsache, dass man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben kann. Es ist ebenso erwiesen, dass unter der rot-grünen Bundesregierung eine ökologisch ehrgeizige Energiepolitik über 100.000 neue Jobs und eine technologisch innovative, investitionsstarke, sehr expansive und exportstarke Branche, die der Erneuerbaren Energien, hervorgebracht hat. Doch spätestens seitdem der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank, Sir Nicholas Stern, im Auftrag des britischen Schatzkanzlers im vergangenen Herbst seinen in kürzester Zeit berühmt gewordenen Bericht (»Stern review«) über die Kosten des bereits stattfindenden Klimawandels vorgelegt hat, geht es nicht mehr allein darum, für betriebswirtschaftliche oder branchenspezifische Chancen grüner Wirtschaftspolitik die Trommel zu rühren. Sir Stern hat das Argument fundamental radikalisiert: Entweder die Marktwirtschaft

insgesamt wird grün und der real existierende Kapitalismus ökologisch, oder sie werden binnen weniger Jahrzehnte die Basis der eigenen Reproduktion und vielleicht sogar der Zivilisation, wie wir sie kennen, zerstören. Gerät das Klima außer Kontrolle, das heißt erwärmt sich das Klima im Durchschnitt um deutlich mehr als zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau, dann drohen wirtschaftliche Schäden, welche nicht nur die Kosten einer aktiven und wirksamen Klimapolitik um den Faktor 20 übersteigen, sondern im Extremfall auch die Geografie der unter erträglichen Bedingungen besiedelbaren Regionen massiv durcheinanderwirbeln könnten.

Von heute aus gerechnet einen Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren, so sagen die Klimaexperten, umfasst das Zeitfenster, das offen steht für wirksames Handeln gegen eine solche Klimakatastrophe. Zehn bis fünfzehn Jahre, in denen nicht nur die Industrieländer selbst handeln müssen, die, Deutschland eingeschlossen, nach wie vor den Löwenanteil der CO₂-Emissionen zu verantworten haben, sondern in denen sie auch die schnell wachsenden Volkswirtschaften Chinas, Indiens, Brasiliens in eine tragfähige internationale klimapolitische Strategie einbeziehen und den armen Ländern, die der Klimawandel am härtesten trifft, bei der Bewältigung der sich daraus ergebenden großen Belastungen technologisch und finanziell helfen müssen. In Zahlen: Bei 450 ppm CO₂ ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Erwärmung plus zwei Grad überschreitet bereits 50 Prozent. Um einen CO₂-Anteil in der Atmosphäre von 450 ppm nicht zu überschreiten, müssen die globalen CO₂-Emissionen 2010 ihren Scheitelpunkt erreichen und danach jährlich um sechs bis zehn Prozent sinken. Die Prognose der internationalen Energieagentur (IEA) erwartet demgegenüber bei einem business-as-usual-Szenario einen Anstieg der CO₂-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent, wovon mehr als zwei Drittel durch die Industriestaaten verursacht werden.

Wie ist es vorstellbar, dass die notwendige Klimawende erreicht werden kann, wenn die stärkste Volkswirtschaft Europas, das wettbewerbsfähigste Land der EU, wenn Deutschland nicht durch positive Lösung der eigenen energie- und klimapolitischen Hausaufgaben, durch technologisch innovative Anstöße und durch eine ökologische Modernisierung der sozialen Marktwirtschaft Beispiel gibt und führt?

Und wie soll dies gelingen, wenn »die Wirtschaft«, der in den europäischen wie globalen Märkten in den vergangenen Jahrzehnten viele Freiheiten zuge wachsen sind, die in vielen Bereichen nicht mehr alte Lobby und Klientin der Politik, sondern Koproduzentin von Politik ist, nicht eine aktive, sogar treibende Rolle dabei übernimmt?

Was da von der Wirtschaft verlangt wird, wird der ethisch Denkende leichter begreifen, aber es hat eigentlich mit Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft, mit Heroismus für die gute Sache bezie-

ziens, ist die Kernaufgabe für jeden, der für Deutschland Wettbewerbsfähigkeit sichern will. Die grüne Marktwirtschaft kommt den wirtschaftlichen Akteuren sozusagen von zwei Seiten. Die Vermeidung von durch den Klimawandel drohenden dramatischen ökonomischen Schäden zum einen und zum andern die Chance, durch ökologische Innovation an einer Strategie zur Vermeidung der Klimakatastrophe, ja, gut zu verdienen. Beides zusammen lehrt: It's the environment, stupid!

Und wenn's die deutsche Wirtschaft nicht kapiert oder wenn's die deutsche Politik nicht gegen den Widerstand kurz-sichtiger Lobbyisten durchsetzen kann, dann – werden andere uns hinter sich lassen.

Thomas L. Friedman, der bekannte Kolumnist der New York Times, hat es so formuliert: »The major industrial country that gets the greenest the fastest with the smartest technologies – that's the country that will lead the 21st century.«

»Wie ist es vorstellbar, dass die notwendige Klimawende erreicht werden kann, wenn die stärkste Volkswirtschaft Europas, wenn Deutschland nicht durch positive Lösung der eigenen energie- und klimapolitischen Hausaufgaben, durch technologisch innovative Anstöße und durch eine ökologische Modernisierung der sozialen Marktwirtschaft Beispiel gibt und führt? «

hungsweise das erträgliche Klima nichts zu tun. Im Gegenteil, die Wirtschaft ist gefordert, tatsächlich auf ihren Vorteil, auf ihren tatsächlichen Vorteil zu schauen. Allerdings nicht auf den, der sich allein im Ergebnis des jeweils nächsten Börsenquartals niederschlägt. Wettbewerbsfähigkeit ist für fortgeschrittene Länder wie Deutschland nur auf dem Innovationspfad zu sichern. Ökologische Innovation, neben dem letztlich vollständigen Umbau unserer Energieversorgung von fossiler zu regenerativer Basis vor allem die systematische Steigerung von Energie- und Ressourceneffi-

Den negativen Folgen versäumten Handelns entgehen wir nicht.

In Deutschland ist im Bereich der ökologischen Modernisierung viel geleistet worden, nicht zuletzt auch aufgrund von Anstößen meiner Partei. Deutschland war im neuen Jahrhundert schon mehrfach »Exportweltmeister« bei Umweltschutzgütern und –dienstleistungen, vor den USA. Mit 3,3 Prozent aller Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Umweltschutzbereich lag Deutschland nach einer Studie des DIW und anderer Institute weit über dem OECD- und auch dem EU-Schnitt. Bei europäischen



Patentanmeldungen im Umwelttechnikbereich nimmt die Bundesrepublik den Spitzenplatz ein. Kämen wir in irgendeinem anderen Bereich, in dem wir international eine vergleichbare Spitzenstellung haben, auf die Idee diese Stärke nicht weiter auszubauen? Deshalb: Bei allen Erfolgen der letzten Jahre in diesem Bereich gibt es keinen einzigen Grund, nun nachzulassen, keinen Grund, den lästigen grünen Ehrgeiz bei der ökologischen Modernisierung zu schelten, keinen Grund, das Tempo zu drosseln.

Deutschland braucht weitsichtige Manager

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die CO₂-Emissionen in Deutschland müssen bis 2020 um 40 Prozent unter den Wert von 1990 gesenkt werden und bis 2050 um 80 Prozent. Dafür müssen wir das Tempo erhöhen. Praktisch heißt das, dass gerade jetzt, wo der Aufschwung sich

stabilisiert und die Reformen der letzten Jahre zu greifen beginnen, für weiter gehende Fortschritte bei der ökologischen Modernisierung die Chance genutzt werden muss. Es ist ja offenkundig, dass eine dynamische Wirtschaft Voraussetzung ist für eine umgreifende Strategie der ökologischen Modernisierung. Umso mehr gilt: Gerade wenn es makroökonomisch brummt, kann vorsorgende Umweltpolitik, wie etwa schärfere Zielwerte beim Emissionshandel, für mehr Investitionen und neue Arbeitsplätze sorgen. Allein in erneuerbare Energien könnten bei entsprechender Rahmensetzung in den nächsten Jahren in Deutschland 200 Mrd. Euro investiert werden – mit deutlichen Beschäftigungseffekten.

Wird die Wirtschaft ein Partner sein bei der Entwicklung einer grünen Marktwirtschaft oder wird sie alle marktwirtschaftlichen und ordnungsrechtlichen Schritte in diese Richtung bekämpfen? Weitsichtige Manager fordern nicht ei-

nen Verzicht auf ökologische Regulierung, sondern einen verlässlichen Regulierungsrahmen für Investitionen in ökologische Innovation.

In der »Bild am Sonntag« schrieb Alfred Merta im Januar 2005: »Umweltpolitik muss uns wieder aufregen«. Zwei Jahre danach kann man in Deutschland feststellen, dass die Entwicklung ihm seinen Wunsch erfüllt hat. Umweltbelange sind auf der Liste brennender Themen wieder deutlich nach oben gerückt. Vielleicht sollten wir uns jetzt darauf konzentrieren, dass aus der Aufregung Anregung wird – für eine ökologische Weiterentwicklung der Marktwirtschaft. Sir Nicholas Stern hat formuliert: »you can get green and grow.« Ich gehe einen Schritt weiter: wirtschaftliche Entwicklung gibt es nur auf grüner Grundlage.

Reinhard Bütikofer ist seit 2002 Parteivorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen.